

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg.

Während des Krieges wüßten die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch, den 6. November 1918.

Einzelnenpreis (zahlbar im voraus)
die sechsmonatliche Beilage über deren
Raum 20 Bg., die Restbeilage 60 Bg.

11. Jahrg.

261

Bezugspreis: vierteljährlich 270 M.,
monatlich 90 Bg., mit Frangierlohn; durch die
Post 2,55 M. bezogen 85 Bg. ohne Bestellgeld.

II. Das Deutsche Volk!

Mat der Zeit lastet auf der Welt und auf dem
Volk. Wir müssen diese schweren Tage und
Nächte überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten
auf glücklicheren Seiten, auf die das deutsche Volk ein
hat. Die neue Weltordnung ist am Werk, diese
zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.
Die neue Regierung hat sich aus den Vertretern der
Arbeitsparteien des Reichstages gebildet. Der Reichs-
tag und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amts-
tung des Vertrauens des Reichstages und damit des
Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Veron-
gung auf die Volkswahl übertragen worden.
Gesetzgebung und Friedensschluss unterliegen
Genehmigung des Reichstages. Die Unterstellung
Militärverwaltung unter den verantwortlichen
Minister ist durchgeführt. Eine weitgehende
neue wurde erlassen. Vorfälle und Ver-
urteilungen sind gewährleistet. Doch viel bleibt
zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen
Staat, der an politischer Freiheit und sozialer
Gerechtigkeit hinter keinem Staat der Welt zurückbleiben soll,
entschieden weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende
Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Ver-
fassungen und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke
kennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volks-
führern, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu
nutzen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein
lassen.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des
Volkes die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit
das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem
deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegs-
jahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien
und nutzlos in neues Elend und Verderben hinein-
lassen.

Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede
Unzufriedenheit wird den Abschluß eines baldigen
Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer
und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich,
sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die
Kämpfe vor dem Einbruch des Feindes führen.
seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen
durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu
dem Zweck, aus keinem anderen Grunde, sind die
Verurteilungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte
ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch
ihre Tapferkeit und ihre Manneszucht haben sie das
Land gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wieder-
bau unserer Volkswirtschaft, damit die von der
Krieg in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und
sofern in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vor-
handen, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu
erwerben. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit-
et, ihre früheren jetzt eingezogenen Angestellten und
Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung,
Krankheitsunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere
Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung,
teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluss wird sich
eine Besserung der Ernährung wie aller Lebens-
verhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede
unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind
unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das
unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in
Arbeit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen
Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte
Zukunft Deutschlands ist unser Ziel.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler
Max von Baden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Bamer.

Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums
Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre:

Dr. Coss. Graf v. Rodern. Dr. v. Kraske. Müllin.

Baldow. Freilich v. Stein. Scheidemann. Gröber.

Gräberger. Gausmann. Bauer. Trimborn.

Staatssekretär des Reichsmarineamts Müller v. Mann.

Der Kriegsminister Scheich.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das neue bayerische Ministerium wird sich folgender-
maßen zusammensetzen: Es bleiben von bisherigen Ministern
Minister des Innern v. Dandl, der Minister des
Ausschusses v. Breilich, der Kriegsminister v. Hellmuth
der Kultusminister v. Krieger. Es treten neu ins
Ministerium die Centrumsabgeordneten Held als Stell-

vertreter des Vorstehenden im Ministerrat, Frank als
Verkehrsminister, Beck als Finanzminister, der Liberale
Casselman als Justizminister; den neugebildeten Posten
als Minister für soziale Fürsorge erhält ein Sozialdemo-
krat, der Abgeordnete Eim oder Segis, erster Vertreter
dieses Ministers wird wahrscheinlich der Centrums-
abgeordnete Oswald. Als liberaler Minister ohne
Portefeuille wird der Abgeordnete Müller (Meiningen)
ernannt.

Dem Reichstag ist ein dritter Nachtrag zum Reichs-
etat für das Jahr 1918 zugegangen, der abermals einen
Kredit von 15 Milliarden Mark nachsucht. Der letzte
Kriegskredit wurde vom Reichstage Anfang Juli dieses
Jahres bewilligt. Die Kriegsschuld belief sich damals auf
139 Milliarden Mark, zu denen jetzt 15 weitere Milliarden
hinzukommen, so daß die gesamten Kriegskredite sich damit
auf 154 Milliarden Mark belaufen. Durch Anleihen waren
Ende April dieses Jahres, nach der Zeichnung der achten
Kriegsanleihe, etwa 87,5 Milliarden Mark gedeckt. Dazu
tritt nun noch die neunte Anleihe, deren Ergebnis noch
aussteht. — Ein vierter Nachtrag fordert zur Verteilung
einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von
100 Millionen Mark im Wege des Kredits an. Sie sollen
zur Gewährung von Darlehensaufschüben dienen. — Der
Zusammentritt des Reichstages wird sich noch um einige
Tage verschieben.

Kurland.

Die Furcht der Baltischen vor dem Völkermord
wächst mit jedem Tage mehr. Dem Oberbefehlshaber der
in Kurland liegenden 8. Armee ist vom Vereinigten Landes-
rat von Livland, Estland, Dänemark und Rigas ein Schreiben
zugegangen, in welchem unter Hinweis auf die entsetzlichen
Gräueltaten der Bolschewisten in den von den deutschen
Truppen entlassenen Gebieten um Schutz und um Aufhebung
des Truppenabmarsches gebeten wird. Das Armeekommando
wird gebeten, das Gesuch in Berlin zu be-
wahren. — Der Vereinigte Landesrat wird demnach eine
Verfassung für das Baltikum ausarbeiten und die Wahl
einer vorläufigen Landesregierung vornehmen.

Spanien.

Nach übereinstimmenden Nachrichten ist Spanien
vor einer ersten innerpolitischen Umwälzung. Aus
englischen und französischen Quellen wird gemeldet, daß
der Sturz der Regierung nur noch eine Frage von Tagen
sei. Als einziger Ausweg für die Monarchie erscheine die
Bildung eines ultrademokratischen Kabinetts, wahrscheinlich
unter Romanones, das gleich bei Regierungsantritt
wichtige Verfassungsänderungen beantragen werde. —
Allem Anschein nach schürt England wieder einmal einen
Konflikt, um in Spanien leichtes Spiel zu haben.

Polen.

Der Konflikt zwischen Regentenschaftsrat und Ministe-
rium ist zunächst zugunsten des letzteren entschieden worden.
Infolge des Auftrages, den der Ministerrat veröffentlicht
hat und der zur Bildung einer nationalen Regierung aus
Vertretern der arbeitenden Klassen auffordert, hat der
Regentenschaftsrat kurzerhand das Ministerium entlassen.
Ob damit aber die Krise beendet ist, erscheint fraglich. Die
Parteien der Linken bestanden darauf, Polen als Volks-
republik auszurufen und ein Ministerium aus den
Parteien der Linken zu bilden, das den Staat kon-
stituieren soll.

Rußland.

In einer Note macht Nischtscherin den Verbündeten
Friedensvorschläge. Das Dokument, das den neutralen
Konflikten überreicht wurde und an die Regierungen Eng-
lands, Frankreichs, Italiens, Japans und der Vereinigten
Staaten gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut: „Ihren
Bündnisse folgend, den bewaffneten Konflikt zwischen den
russischen Truppen und denen dieser Mächte ein Ende zu
machen, schlägt die russische Regierung vor, Verhandlungen
zwecks Beendigung dieses Konfliktes einzuleiten und fragt
demgemäß an, wann und wo die Vertreter beider Seiten
zu diesem Zwecke zusammentreten könnten.“

Aus In- und Ausland.

Berlin, 5. Nov. Wie verlautet, steht ein Wechsel im
Staatssekretariat des Reichsmarineamtes bevor. Hbr.
v. Stein beabsichtigt zurückzutreten.

Berlin, 5. Nov. Geheimrat Dr. Bentler, der Leiter der
Reichsbeihilfungsstelle, wird Ende des Jahres aus Gesund-
heitsgründen seinen Posten verlassen.

Russische Umtriebe in Berlin.

Revolutionäre Flugblätter des Botschaftskuriers.

Berlin, 5. November.

Am 4. November, abends,
traf von Moskau kommend der Kurier der hiesigen dis-
kretionären Botschaft der Sowjet-Regierung auf dem Bahn-
hof Friedrichstraße ein. Bei dem Herrnenträger des
Gepäckes vom Bahnhofseingang wurde eine der Ästen durch An-
stehen beschädigt, so daß darin befindliche Papiere auf den
Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte,
in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen
Arbeiter und Soldaten zu blutigem Umsturz auffordern.

Eine der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“
(der Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen
Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flug-
blatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum
Mordanschlag und Terror auffordert.

Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte
Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum
sichergestellt und das Auswärtige Amt benachrichtigt, um
diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der An-
gelegenheit zu ermöglichen.

Schon seit längerer Zeit wird in der deutschen Presse
darauf hingewiesen, daß die Berliner russische Botschaft
der Rittschmitt einer bolschewistischen Propaganda sei,
die sich immer mehr vergrößert und über das ganze Reich
ausbreitet. Es war nur schwer, für die an Gewissenhaftigkeit
grenzende Wahrheitsfindung einen unumstößlichen Beweis
zu erbringen. Das kam auch in einer halbamtlichen Mit-
teilung zum Ausdruck, die sich kürzlich mit dieser An-
gelegenheit beschäftigte. Jetzt ist der Beweis erbracht und
man darf sicher sein, daß die Regierung die unbedingt
notwendigen Maßnahmen ergreift, um diesem verbreche-
rischen Treiben auf deutschem Boden ein Ende zu machen.

Waffenstillstandsfragen.

Ernennung der deutschen Unterhändler.

Frankfurt a. M., 5. November.

Wie die Frkf. Ztg. von unterrichteter Seite erfährt, ist
für die Abmachungen des Waffenstillstandes zwischen der
Entente und Deutschland bereits die deutsche Kommission
ernannt worden. Ihre Mitglieder sind: General v. Guder-
man, der militärische Delegierte auf der Haager Friedens-
konferenz, General v. Winterfeldt, ferner Admiral
v. Meyer und der frühere Staatssekretär des Auswärtigen
Ministeriums v. Gumbel.

Von anderer Seite wird demgegenüber behauptet, daß
die Kommission zu Unterhandlungen über den Waffen-
stillstand, bzw. seine Durchführung naturgemäß erst er-
nannt werden könne, wenn die Vorschläge des Verbandes
bekannt seien.

Was die Feinde fordern wollen.

Genfer Blätter veröffentlichten folgende Waffenstil-
landsbedingungen: 1. Räumung des linken Rhein-
ufers, Elsaß-Lothringens und der West- 2. Be-
legung der Rheinbrücken durch alliierte Truppen, 3. Aber-
gabe eines großen Teiles des Kriegsmaterials, sämtlicher
Unterseeboote und eines Teiles der Flotte, 4. Wiederherstellung der Industrie in Belgien und Nord-
frankreich durch Deutschland und sofortige Lieferung der
notwendigen Werkzeuge, 5. Lieferung der nötigen Rohle
als Entschädigung für die Zerstörungen in Belgien und
Nordfrankreich, 6. Entschädigung in Geld, 7. Kontrolle
der deutschen Häfen bis zur vollständigen Ausführung der
Friedensbedingungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß New-
yorker Blätter andeuten, daß die Vereinigten Staaten in
den Waffenstillstandsbedingungen auf der Wiederherstellung
von Frankreich und Belgien bestehen werden. Es werde
zwei Jahre dauern, bevor die französischen Kohlenberg-
werke in dem besetzten Gebiet wieder imstande sein werden,
Kohlen zu fördern, und zehn Jahre, bevor die Förderung
wieder den Stand vor dem Kriege erreichen könne. Man
nimmt jetzt an, daß Deutschland gezwungen werde, in
dieser Zeit Frankreich mit Kohlen, mit Bergarbeitern und
mit Geld zu versorgen als Ersatz für den angerichteten
Schaden. Der Wiederaufbau der Städte und Dörfer
werde 20 Jahre lang 100 000 Arbeiter erfordern.

Der entscheidende Tag.

Im übrigen wird sich erst am Dienstag, dem Tage
der amerikanischen Kongresswahlen endgültig entscheiden,
welche Bedingungen die Entente stellt. Siegen die Demo-
kraten, d. h. Wilsons Partei, so dürfte sich der Präsident
stark genug fühlen, für Abhängigkeit einzutreten. Siegen
aber die Republikaner, die Deutschlands Vernichtung
wollen, so dürften die Bedingungen dementsprechend hart
sein; denn dann würde Wilsons Ansehen nicht nur in
Amerika, sondern auch bei den Verbündeten wesentlich
herabgemindert sein. Der Dienstag ist also auch für
Deutschland von schicksalsschwerer Bedeutung.

Feindliche Stimmen zur Kaiserfrage.

Abweichende Meinung in Paris und London.

Die französische Presse gibt übereinstimmend ihre
Meinung dahin kund, daß die Abdankung Kaiser Wilhelms
weder auf die Politik noch auf die militärische Lage Ein-
fluß haben würde. Dagegen schreibt das
„Journal des Débats“: Für das deutsche Volk bedeutet
die Abdankung kein Kaiser das Symbol des Zer-
falls. Die Verbi- müssen in ihren Forderungen
fest bleiben und nicht die militärischen Operationen
weiterführen. Wegen sie sich daran erinnern, daß auch
Friedrich II. während des siebenjährigen Krieges sich ver-
loren schickte. Alle Welt hatte ihn aufgegeben, und doch

hat er sich wieder retten und die preussische Großmachtstellung wieder begründen können.

Während indes in keinem französischen Blatt die Abkündigung des Kaisers als wesentlich für den Gang der Ereignisse bezeichnet wird, ist ein Teil der englischen Presse anderer Meinung und der „Manchester Guardian“ schreibt: „Der Kaiser wäre besser mit sich zu Rake gegangen, wenn er abgedankt hätte. Es ist für einen Autokraten niemals leicht, sich in einen verfassungsmäßigen König zu verwandeln, und bei den hier gegebenen Umständen kommt noch die Schwierigkeit hinzu, daß das Ausland von der verfassungsmäßigen Neuordnung nicht überzeugt ist. Wilson hat deswegen erklärt, daß er mit den Hohenzollern nicht verhandeln will. Prinz Max von Baden wird zweifellos auf Grund der neuen Staatsgesetze antworten, daß eine Notwendigkeit der Beseitigung der Hohenzollern nicht besteht, und daß der Kanzler und nicht der Kaiser der Vertreter des Volkes sei, und daß auch der Kanzler die Verhandlungen führen wird. Jeder Zweifel in dieser Angelegenheit würde aber beseitigt sein und das größte Hindernis, das in Wirklichkeit für das Zustandekommen eines Friedens besteht, würde aus der Welt geschafft sein, wenn der Kaiser abgedankt hätte. Das ist ihm sowohl von der Sozialdemokratie wie auch von anderer Seite zu verstehen gegeben worden, und es ist ein Unglück, daß er sich diesen Wink nicht zu Herzen genommen hat.“

Kämpfe zwischen Schelde und Duse.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 5. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Schelde und Duse haben Engländer und Franzosen ihre großen Angriffe wieder aufgenommen.

Durch gewaltigen Einsatz an Artillerie und Panzerwagen suchten sie den Durchbruch auf der mehr als 60 Kilometer breiten Front zu erzwingen. In schwerem bis in die Dunkelheit während dem Morgen gelang es unseren an Zahl weit unterlegenen Truppen, den feindlichen Angriff aufzufangen und den Durchbruch zu verhindern. Südlich der von Valenciennes nach Nordosten führenden Straße wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab.

Die gegen unsere neue Front Schourm-Wargnies le Grand gerichteten Angriffe wurden durch erfolgreiche Gegenstöße auf den Höhen östlich dieser Orte zum Scheitern gebracht.

Wargnies le Petit, das vorübergehend in Feindeshand fiel, nahmen wir wieder. Den beiderseits von Le Quesnoy vordringenden Angriff brachten wir südlich von Wargnies le Petit und bei Vismes zum Stehen. Le Quesnoy, durch beiderseitige Umfassung bedroht, wurde beschleunigt geräumt. Der gegen den Wald von Normal gerichtete Ansturm des Gegners kam in dem westlichen Teil des Waldes zum Stehen. Auch südlich des Waldes wurde der Feind am Vormittag dicht hinter unseren vordersten Linien auf den Höhen westlich des Sambre-Duse-Kanals abgewiesen.

Am Nachmittag setzte der Gegner seine Angriffe fort. Ihr Schwerpunkt lag nördlich und südlich des Waldes. Nördlich des Waldes stießen wir den Feind östlich von Vismes, südlich des Waldes am Sambre-Duse-Kanal auf. Der Kanalschiffbau östlich von Crè und Catillon wurde gegen alle feindlichen Anstürme behauptet.

Südlich von Catillon ließ der Feind in etwa 1 bis 2 Kilometer Tiefe über den Kanal vor. Hier brachten ihn an der Straße la Grosse-Duse örtliche Kampftruppen zum Stehen. Vor der Kanalfont zwischen Fesny und nördlich von Fesny brachen alle Angriffe des Feindes zusammen. Zwischen Fesny und der Duse konnte er an einzelnen Stellen das östliche Ufer gewinnen. Auch hier gelang es ihm nicht, über unsere vorderste Stellung hinaus vorzudringen.

Südlich der Duse sind dem starken Artilleriefeuer, das sich am frühen Morgen bis zur Dämmerung dehnte, heftige Angriffe südlich von Gulle, bei la Perle und gegen Bois le Vargny gefolgt. Der Feind wurde überall, teilweise im Gegenstoß, abgewiesen.

In der Mäsefront keine Kampfhandlungen. Zwischen Le Chesne und Sommarive scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Auf den Höhen südlich von Beaumont wiesen wir heftige Angriffe der Amerikaner ab. Im Walde von Dieulou wichen unsere Truppen stärkeren Angriffen beschleunigt auf das östliche Maasufer nördlich von Stenay aus. Südlich von Dun wurden feindliche Abteilungen, die über die Maas vorstießen, auf den Fluss zurückgeworfen. Auf den Höhen östlich der Maas scheiterten starke Angriffe, westlich der Mosel Teilvorstöße der Amerikaner.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

Befürchtungen in Bayern.

Alle über die Waffenstillstandsbedingungen für Österreich-Ungarn bisher vorliegenden bayerischen Presseäußerungen drücken die schwärzenden Befürchtungen für das ferndeutsche Land zwischen dem Brenner und Bozen aus und erachten die Gefahr eines feindlichen Vormarsches durch Österreich schon für jetzt, nicht erst für das Frühjahr als gegeben. Daß nach den Bedingungen des Waffenstillstandes für Österreich trotz des formellen Protestes, der anstandslos von Österreich-Ungarn eingelegt worden ist, das gesamte Gebiet dieses Reiches als Aufmarschterrain gegen Deutschland und dessen bayerisch-sächsisch-schlesische Grenze verwendet wird, unterliegt keinem Zweifel. Insbesondere alle notwendigen militärischen Maßnahmen getroffen. Die Reichsregierung, die über die Folgen dieses Waffenstillstandes für Deutschland eingehend beraten hat, warnt deshalb vor Unruhen und Überflutung und versichert, daß in der militärischen Lage kein Anlaß zur Überflutung gegeben ist.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 5. Nov. Der Kaiser hat an die einzelnen Armeegruppen der Westfront Danktelegramme für die außerordentlichen Leistungen in der Abwehr gerichtet.

Berlin, 5. Nov. Auf Einladung der Obersten Heeresleitung begibt sich heute eine Anzahl Reichstagsabgeordneter der Mehrheitsparteien auf etwa vier Tage an die Front. Die Abgeordneten sollen dort aus eigener Anschauung die Lage kennenlernen und, soweit es möglich ist, auch durch Ansprachen an die Truppen diese über die neue Lage in der Heimat aufklären.

Budapest, 5. Nov. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die Ungarn durchstehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungeschädigt weiter zu befördern sind.

Genf, 5. Nov. Die Fortsetzung der Blockade Österreich-Ungarns ist laut einer Sondernote dagegen gerichtet, daß Deutschland indirekt von Zufuhren profitieren könnte.

Bern, 5. Nov. In der Kriegskonferenz der Verbündeten nahm gestern zum ersten Male ein tschechischer Bevollmächtigter teil.

Zürich, 5. Nov. Der rumänische Vertreter in Amerika hat dem Staatssekretär Lansing eine Note überreicht, in der Rumänien Siebenbürgen und Transilvanien fordert.

Rotterdam, 5. Nov. Die Rotterdammer Passagierlinie wird in den nächsten Tagen mit Dampfern Tausende von Flüchtlingen nach Frankreich zurückzuführen.

Die deutschen Vertretungen in Wien.

Wien, 5. Nov. Die diplomatischen Vertreter des Deutschen Reiches, Bärenns und Sachsens werden einreisen auf ihren Plätzen hieselbst bleiben. Sie werden nur dann abreisen, wenn eine Befehlung Wiens durch Entente-Truppen in Frage käme.

Rein englisches Friedensangebot 1916.

Aden, 5. Nov. Von „unbedingt maßgebender Regierung“ erklärt die Aden. Volksstimme: „Die Gerüchte von einem englischen Friedensangebot im Jahre 1916, das von Deutschland abgelehnt worden sei, verneine ich entschieden. Wenn ein solches Angebot vorläge, müßte ich es sicher, denn bei meinen nahen Beziehungen zum früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hätte ich sicher Kenntnis davon erhalten. Es ist nicht nur kein Friedensangebot, sondern nicht einmal der leiseste Friedensschritt von England erfolgt.“

Ein Ultimatum an Deutschland.

Genf, 5. Nov. Sabas verbreitet eine Nachricht des „Oberber“, nach der die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ein Ultimatum über die Friedensforderungen bis zu einem bestimmten Tage enthalten würden. Nach Ablauf dieses Termins, ohne daß Deutschland eingewilligt hätte, würden diesem alle Kriegskosten auferlegt werden.

Höchstens sechs Wochen Waffenstillstand.

Basel, 5. Nov. Nach einer Londoner Meldung erklären maßgebende Militärs, der Waffenstillstand werde höchstens eine Zeit von sechs Wochen umfassen.

Verfallter Einigung über Wilsons Punkte.

Genf, 5. Nov. Der Londoner Korrespondent des „Globe“ schreibt: „Nachdem die Londoner Konferenz der Vierer „Neuere Courant“ meldet: Ich erlaube, daß eine befriedigende Übereinstimmung in Versailles erzielt worden ist, und zwar auf die 14 Punkte. Die Bekanntmachung der Bedingungen des Waffenstillstandes kann jede Stunde erwartet werden.“

Keine Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen.

London, 5. Nov. Auf eine Anfrage im Unterhause über die Verfallter Einigung erklärte Lord Curzon: Ich kann eine sehr baldige Bekanntgabe der Bedingungen nicht in Aussicht stellen, die zuvörderst den Vereinigten Staaten mitgeteilt werden müssen. Ich glaube nicht, daß ich etwas sagen kann, bevor sie auch der Deutschen Regierung bekannt sind.

Die Tschechen der Entente angeschlossen.

Genf, 5. Nov. Der „Temps“ meldet, der tschech. slavische Staat habe sich der Entente angeschlossen. Der tschech. Vertreter habe zum ersten Male an den Besprechungen der Ententevollständigen teilgenommen.

Neue Bedingungen Japans für das Kriegsende.

Genf, 5. Nov. Aus New York melden die „Times“, die Einigung über die Friedensziele würde dadurch verzögert, daß Japan mit neuen Bedingungen für die Zeit nach dem Kriegsende hervortritt. Dadurch würden neue Beratungen der Entente notwendig.

Hollands Grenze für belgische Flüchtlinge gesichert.

Genf, 5. Nov. Die holländische Regierung hat aus Gründen der öffentlichen Gesundheit die vorläufige Schließung der Grenze für die aus Belgien kommenden Flüchtlinge angeordnet.

Polnische Aufforderung an die deutsche Regierung.

Warschau, 5. Nov. Das vom Regententumrat ernannte, aber anscheinend nicht vom Kaiser genehmigte polnische Ministerium hat an die deutsche Regierung die kategorische Forderung gerichtet, die Okkupationsstruppen bis zum 15. November aus Polen zurückzuziehen.

Die polnische Armee von Amerika anerkannt.

Washington, 5. Nov. Die Vereinigten Staaten erkennen die polnische Armee als autonom und kriegsführend unter der höchsten Autorität der neuen polnischen Regierung an.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 6. November.

Aus Nassau, 5. Nov. In der letzten Sitzung des Direktoriums des Vereins nassauischer Land- und Forstwirte wurde berichtet, daß neuerdings unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Taunusgebietes große Erregung darüber entstanden sei, daß die Landräte der Kreise Usingen und Untertaunus, entgegen der Verfügung des Staatssekretärs des Kriegs- und Ernährungsamtes, die landlichen Oelmühlen ihrer Kreise für die Oelfruchterzeuger geschlossen und restlos Ablieferung aller angebauten Oelfrüchte unter Ankündigung späterer Oelverteilungen angeordnet hätten. Von mehreren Sitzungsteilnehmern wurde sehr nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die dem nassauischen Oelfruchtanbau durch Maßnahmen, wie sie seitens der Kommunalverbände Untertaunus und Usingen ergriffen worden seien, drohen. Beinahe noch bedenklicher als die Schädigung des Oelfruchtanbaues sei im jetzigen Stadium des Krieges die erneute unnötige Belastungsprobe, der die Stimmung der bis zum äußersten verzögerten landwirtschaftlichen Bevölkerung ausgesetzt werde. Dabei erwähnte Landwirt Eifel den Fall, daß Landwirte Frauen zwei bis drei Tage lang im Regierungsbezirk herum gereist seien, um ihre Oelfrucht bei einer landlichen Oelmühle geschlagen zu bekommen. Es wurde beschlossen, die Landwirtschaftsausschüsse zu ersuchen, daß die landlichen Oelmühlen den Oelfruchterzeugern wieder zugänglich gemacht werden.

Wiesbaden, 6. Nov. (Bezirksynode.) Die Bezirksynode des Konsistorialbezirks Wiesbaden begann heute (Dienstag) um 1/12 Uhr im Landeshaus ihre 14. ordent-

liche Tagung. Eingeleitet wurde diese durch einen Gottesdienst in der Lutherkirche, bei dem Professor D. (Herborn) die Predigt über Hagai 2, 1 bis 9 hielt. Die Eröffnung vollzog der Präses der Synode, D. Schmitt (Höchst). An seine Majestät wurde ein Huldigungstelegramm geschickt. Konsistorialpräsident D. Dr. Ernst begrüßte als Königl. Bevollmächtigter die Synode. Der Synode liegt zu ihrer Tagung ein ausführlicher Bericht über die Wirksamkeit der Synode während der Synodalperiode 1916/17 vor. Ein Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände im Konsistorialbezirk Wiesbaden unter besonderer Rücksichtigung der Kriegszeit und ihrer besonderen Verhältnisse. Die beiden Berichte stehen zur Verhandlung zum Präses für die neue Synodalperiode wird bisheriger Präses Stefan D. Schmitt (Höchst) einstimmig gewählt. Die Vorlage des Königl. Konsistoriums hinsichtlich der Jugendpflege, fand einstimmig Annahme. Nächste Vollversammlung der Synode findet am Donnerstag statt.

Nah und Fern.

O Reiseverkehr Deutschland-Österreich. Die Grenze zwischen Deutschland und Österreich waren in den letzten Tagen gesperrt, sind aber nun wieder geöffnet. Der Reiseverkehr spielt sich an den Hauptübergangspunkten genau so ab wie vor der Umwälzung in Österreich. Die Bahnstation bei Telfen wird nach durch 1.2.2. reichliche Beamtendurchführung, der weitere Verkehr Wien erfolgt ohne Behinderung. Der Schlafwagen von Berlin nach Wien erfolgt nach wie vor. Telfen-Bodenbach. Auf der Linie Breslau-Dresden verkehren nur Schnellzüge ohne Schlafwagen. Die Wien-Budapest ist gesperrt; es verkehren auch keine abgehenden Wagen von Berlin nach Budapest.

O Volkshochschule Langensalza. Die Stadt Langensalza beschloß, nachdem zuvor in einer großen Versammlung die Grundlinien dafür aufgestellt worden waren, Langensalza die erste Volkshochschule in Sachsen zu errichten.

O Bedauerliche Vorgänge in Kiel. Seitdem am Sonntag die dortige Bevölkerung in Erregung. Ihren Annahmen die Ereignisse nach den Kiel. R. Nachr. von der Versammlung, die von der Befragung des „Marken“ gehalten wurde und in der die Freilassung einiger in Gefangenschaft befindlicher eingesperrter Heizer wurde. Die Versammelten, die sich unterwegs in Straßenzug versammelten, zogen zur „Waldwiese“, wo Kompanie der 1. Matrosen-Division lag, befreiten die Arrestanten, marschierten in geschlossenem Zuge durch die inneren Stadt zur Feldstraße, um auf dem dort gelegenen Militärgelände die Inhaftierten zu befreien. Das Militärgelände war durch Militär bewacht und die nächsten Straßengänge gesperrt. Eine Menge folgte dem Zug nicht und der befehlshabende Offizier ließ zuerst eine Salve abfeuern. Der Zug hielt nicht, und die Menge weiter vorwärts drängte, wurde geschossen. Auch aus dem andrängenden Zug wurden vereinzelt Schüsse. Von den Demonstranten blieben 20 Verletzte wurden weggetragen; ebenso wurde ein diensthabender Offizier und ein anderer Leutnant verwundet ins Lazarett gebracht.

O 14 Personen im Eisenbahnwagen verbrannt. In einer amtlichen Meldung geriet Montagabend ein Eisenbahnwagen 511 auf der Fahrt von Berlin nach Bux in Brand. Der Zug wurde zum Stehen gebracht; doch war ein Löschen des Wagens nicht möglich, so daß der ganze Oberwagenkasten ausbrach. Dabei verunglückten 14 Reisende tödlich, während 13 Personen Verletzungen erlitten. Vermutlich ist es durch einen feuergefährlichen Stoff heimlich im Zug mitgeführt worden.

O Vor die rechte Schmiede gekommen. In der Werkstatt in Hannover trat ein Unbekannter an Herrn heran mit der Frage, ob er eine elf Pfund schwere Welle für 80 Mark kaufen wollte. Er kam mit dem Angebot jedoch an den Unbekannten, denn der mit der Welle nahm den fliegenden Händler kurzerhand und brachte ihn auf das nächste Polizeirevier, wo außerdem herausstellte, daß die Welle gestohlen war.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Hagenburg.

Preisverkauf.

am Donnerstag, den 7. November an die Einwohner der Stadt.

Uhr an die Zeit der Feiertage mit den Nr.	401
8-9	1
9-10	1
10-11	1
11-12	1
nachm. 2-3	1
3-4	1
4-5	1
5-6	1
6-7	1

und zwar bei Weyher & Co. in Hagenburg.

Die Abgabe an die Landbevölkerung findet bei Groß von vormittags 8 Uhr an statt.

Hagenburg, den 6. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Am Samstag, den 9. November 1918, nachmittags 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Butterverkauf und zwar wie folgt:

von 1-2 Uhr Zeitkarte Nr.	1-125
2-3	125-250
3-4	251-375
4-5	376-Schluss.

Berlin pro Pfund 4,30 M.

Hagenburg, den 6. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Reparaturen an Nähmaschinen.

werden von einem Mechaniker aus Frankfurt sofort hier an Ort und Stelle bei den Leuten im Hause ausgeführt.

Anmeldungen bitte bei Herrn

Friedrich Zenner in Höchstendach

zu machen.